

Leipziger Tageblatt

Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 265

Haupthaus: Dr. Coerth, Leipzig

Donnerstag, den 10. Juni

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1920

Sächsische Neuwahlen erst im September

Nur formeller Rücktritt der sächsischen Regierung

△ Dresden, 10. Juni. (Drahtbericht unserer Dresdener Schriftleitung.) Der Vorkonferenzrat der sächsischen Volkshammer beschloß heute mit der durch den Ausfall der Reichstagswahlen geschaffenen Lage in Sachsen. Das Gesamtministerium wird Ende nächster Woche wahrscheinlich seinen formellen Rücktritt der Volkshammer anzeigen, aber die Geschäfte bis zu den Neuwahlen weiterführen. Es steht auf dem Standpunkt, daß die jetzige Volkshammer aber noch erst die dringenden Arbeiten wie Etat, Wahlgesetz, Verfassung und Gemeindefreieigentum erledigen muß, um die Fortführung der Arbeiten zu ermöglichen. Die Demokraten sind einhellig der Ansicht, daß den durch die Reichstagswahlen geschaffenen veränderten Verhältnissen Rechnung getragen werden muß, daß also die Demission des Gesamtministeriums zu erfolgen hat und Neuwahlen stattfinden müssen. Sie schloßen sich der Ansicht an, daß die als notwendige Arbeiten bezeichneten Vorarbeiten erledigt werden könnten, wenn, wie wir bereits meldden, alle Parteien damit einverstanden wären. Diese Übereinstimmung aller Parteien, sowohl der Deutschen als auch der Volkshammer, ist in der heutigen Sitzung des Vorkonferenzrates erfolgt, wobei die Unabhängigen nur die Frage offen ließen, ob die Verfassung noch umschrieben werden sollte. Somit dürfte also die Volkshammer, wie beabsichtigt, bis Mitte Juli tagen und ihre wichtigsten Aufgaben erledigen. Dann dürfte die Auflösung erfolgen. Neuwahlen werden aber wegen der Ernte und auch wegen der Ferien und aus technischen Gründen nicht vor September stattfinden können.

Eine Erklärung der Regierungsparteien

△ Dresden, 10. Juni. (Drahtbericht uns. Dresdener Schriftleitung.) Die beiden Regierungsparteien, die Demokraten und Mehrheitssozialisten, veröffentlichten folgende offizielle Erklärung:

Die beiden sächsischen Regierungsparteien sind gewillt, die Folgerungen aus dem Ergebnis der Reichstags-

wahlen zu ziehen. Man wird deshalb die Regierungsbildung im Reich abwarten haben. Die jetzige Kammermehrheit ist der Meinung, daß die Wahl zum neuen Landtag ungeschuldet vorzunehmen ist, sobald die dringendsten Vorlagen, die im Interesse des Landes liegen, erledigt sind. Im besonderen müssen die Verfassung, zu deren Erledigung die Kammer gewählt worden ist, und die in überdrückter Woche zu erwartende Wahlgesetzvorlage, sowie das Landessteuergesetz für die Gemeinden verabschiedet werden.

Wie wir hören, werden die Staatsdebatten und die Aussprache über die politische Lage wahrscheinlich in der übernächsten Woche beginnen.

Spa abermals verschoben?

Paris, 10. Juni. (Drahtbericht.) Sowohl „Journal“ wie „Petit Parisien“ sprechen heute von der Möglichkeit einer nochmaligen Verschiebung der nun auf den 3. Juli festgesetzten Konferenz von Spa. „Journal“ stellt sogar die Frage, ob man überhaupt nach Spa gehen solle, und ob nicht etwa die Lage, die durch die deutschen Reichstagswahlen geschaffen sei, ohne von anderen Hindernissen zu sprechen, den Weg nach Spa verstopfe. — Nach „Petit Parisien“ müsse man feststellen, daß die Alliierten von einem wirklichen Einverständnis untereinander noch weit entfernt seien.

Amsterdam, 10. Juni. (Drahtbericht.) Im englischen Unterhause fragte ein Mitglied, ob auf der Konferenz von Spa die beschlossenen Punkte, daß, wenn Deutschland es unterlasse, die Bestimmungen des Versailles-Vertrages zu erfüllen, die Belegung durch die Alliierten auf weiteres deutsches Gebiet ausgedehnt werde. Lord George erwiderte, diese Frage sei in Höhe nicht erörtert worden. Die Politik der Alliierten, wie sie in der Erklärung von San Remo festgelegt sei, habe sich nicht geändert.

Die Verhandlungen mit Krasin abgebrochen

London, 10. Juni. (Drahtbericht.) Da Krasin die von England verlangten Garantien bezüglich der Freilassung der Gefangenen sowie auf Unterlassung der Propaganda in den Entente-Ländern nicht geben konnte, wurde die Zusammenkunft zwischen Krasin und den Delegierten des Wirtschaftsrates der Alliierten auf unbestimmte Zeit vertagt.

Italienische Dauerkrise

Es ist noch in unfer aller Erinnerung, welche Schwierigkeiten Ritti zu überwinden hatte, um sein drittes Kabinett zu bilden. In geschickter Anpassung an die Parteikonstellation und durch kluge Uebernahme führender Männer aus allen Parteien, ausgenommen die extremen links und rechts, glaubte er ein einigermaßen befähigtes Kabinett zu schaffen. Darin hat er sich nun nach achtzehntägiger Lebensdauer seiner dritten Regierung getäuscht gesehen. Die Gründe für die erneute schwere Krise sind parteipolitisch, innen- und außenpolitisch Natur.

Partei-politisch: Die Hauptstützen dieses Kabinetts, die (katholische) Volkspartei Popolari waren nur mäßig, durch beträchtliche Zugewinne, für das dritte Kabinett Ritti gewonnen worden. Die Gegnerschaft aber in ihren Reihen selbst gegen die Beteiligung am Kabinett war nicht zum Schweigen gekommen, vielmehr im Stillen weiter gewachsen. Jede innenpolitische oder außenpolitische Schwierigkeit gab dieser Gegnerschaft neue Kraft, da ja, wie wir lehrten nachgewiesen hatten, der Partei-popolare in einem eifrigen Wettbewerb mit der sozialistischen Partei um die Gunst der Massen steht. Auf der anderen Seite sah sich Ritti auch in der Hoffnung getäuscht, die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Radikalen und den Katholiken durch die Beteiligung der beiden Parteien am Kabinett auszugleichen. Gerade die Freimaurerkreise, die parlamentarisch zu den Liberaldemokraten und Radikalen gehören, haben sich in den letzten Tagen mehr denn je gezeigt. Sie werfen den Kabinettsmitgliedern der bürgerlichen Linken vor, durch ihre Zusammenarbeit mit den Popolari die völkischen Interessen zu vertreten. Die Sozialisten hingegen kommen, was bei den innenpolitischen Schwierigkeiten kein Wunder ist, mehr und mehr ins radikale Fahrwasser, und die extreme Rechte steht in einer Opposition, die infolge der außenpolitischen Ereignisse der letzten Zeit nur verschärft worden ist.

Wie das zweite Kabinett Ritti über die Not der Post- und Telegraphenangelegten zu Fall gekommen ist, so das dritte Kabinett über die Frage der Wotpreiserhöhung. Bekanntlich hatte der Staat, um den Massen den Lebensunterhalt etwas zu erleichtern, einen Teil des Wotpreises auf seine Kasse übernommen. Dieser Zuschuß geht nunmehr in die Milliarden, und deshalb war das Kabinett bestrebt, durch eine Erhöhung des Wotpreises von 1 auf 1 1/2 Lire für das kilo dieser fortwährenden Neubelastung der Staatskasse ein Ende zu machen. Aus zwei Gründen erhoben sich sofort die Schwierigkeiten gegen den Beschluß des Kabinetts. Einmal ist das Parlament grundsätzlich dagegen, daß das Kabinett in so weitgehendem Maße mit königlichen Verordnungen regiert. Das Parlament will gefragt sein, und steht in den königlichen Verordnungen eine Herabminderung seiner Macht. Kein anderer als Giolitti war es, der energisch die Abkehr von der Methode jener Verordnungen verlangt hat. Aber diese parlamentarischen formalen Gesichtspunkte hinaus hat aber natürlich die Wotpreiserhöhung die an und für sich schon starke Erregung in den Massen in bedenklicher Weise aufgepeitscht. In Bari ist es zum Aufruhr und zum Streik gekommen, und ebenso haben in Rom die Arbeiter und Angestellten durch Arbeitseinstellung gegen diese Erhöhung des notwendigen Lebensmittels protestiert. Es ist kein Wunder, daß die Sozialisten diese Erregung sofort aufgriffen, um gegen Ritti Sturm zu machen. Ihm waren sie schon deshalb gram, weil er die von den Katholiken jährlich umgebenen Weihen Arbeiterorganisationen beschloß hat. Nun war für sie der Zeitpunkt des Handels gekommen. Sie brachten einen Antrag ein, nachdem die Kammer sich weigern sollte, die Regierungserklärung überhaupt nur anzuhören. Andererseits aber verjachten die Sozialisten gerade die katholische Volkspartei als diejenige hinzustellen, die die völkische Wahnvorstellung der Wotpreiserhöhung zu verantworten habe. Da braucht man sich nicht zu wundern, daß die Popolari selbst mit in die Opposition traten. Die Angst vor den Stimmungen der Masse schiedete in diesem Falle

ämtliche Parteien zu einer geschlossenen Gegnerschaft gegen Ritti in dem Augenblick zusammen, da er sein neues Kabinett der Kammer vorstellen wollte.

So kam es, daß das Kabinett Ritti zurücktrat an dem Tage, an dem es zum ersten Male vor der Kammer erschien, und zwar ohne daß ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum in der üblichen parlamentarischen Weise die weitere Existenz des Kabinetts bestimmt hätte. Ritti hatte schon vorher die Hoffnungslosigkeit seiner Lage erkannt und daraus die Folgerungen gezogen.

Weshalb ist es nicht die innenpolitische Lage allein. Nachdem sich vor einiger Zeit der italienischen Kolonialpolitik in Tripolis Widerstände entgegengekehrt hatten, lauchten nunmehr am albanischen Himmel neue Wolken auf. Nach den jüngsten Meldungen bedrohen die aufständischen Albaner schon Valona, und Josten hat Rade, die Lage dort zu behaupten. Ob die Albaner von den Jugoslawen aufgebeutet oder materiell unterstützt werden, kann vorläufig noch nicht festgestellt werden. Unwahrscheinlich ist es jedoch nicht, im eigenen Lande aber sind neuerdings die Sozialisten überhaupt gegen jede außenpolitische Unternehmung. Das geht so weit, daß der Seelenstreich von Tarent Truppen und Munition für Albanien zurückgehalten hat. Die Sozialisten sehen also ihre Feindschaft gegen alle außenpolitischen Unternehmungen in die Propaganda der Tat. Um alledem kommt nun auch noch die Verwirrung in der Entscheidungssfrage, die in den Vorbereitungen für Spa behandelt worden ist. Italien hält sein Ansehen an den Entscheidungen für zu gering. Und die Entlastung richtet sich, da man der Entente gegenüber machtlos ist, gegen das eigene Kabinett. Die Schwierigkeiten häufen sich demnach in bedrückendem Maße, und der Nachfolger Rittis tritt ein schweres Erbe an. Orlando, der Kammerpräsident, hat sein Amt niedergelegt; viele mutmaßen, daß er auf den Posten des Ministerpräsidenten trete. Aber das Kaliber dieses Politikers dürfte nicht ausreichen, um der italienischen Schwierigkeiten Herr zu werden. Wir glauben vielmehr, daß der Zeitpunkt gekommen ist, wo Giolitti wiederum auf die politische Bühne tritt.

Reichsbürgerratstagung in Leipzig

Uns wird geschrieben:

Vom 2. bis 4. Juli findet in Leipzig die diesjährige Bundesversammlung des Reichsbürgerrats statt, zu der angegebene Vertreter der Bürgerräte und Bürgerausschüsse aus allen Teilen des Deutschen Reiches erwartet werden. Neben den Verhandlungen, die den 3. und 4. Juli ausfüllen werden, sind ein Vegrüßungsabend im Palmengarten am 2. Juli und eine Versammlung mit Ansprache, musikalischen und anderen künstlerischen Darbietungen im Großen Saal des Zoologischen Gartens am 3. Juli geplant, zu denen die Mitglieder des Leipziger Bürger-Ausschusses gegen Vorgezogen ihrer Mitgliedschaft Zutritt haben. Das nähere Programm wird noch bekanntgegeben werden. — Da die Gastliste in der Reisezeit erfahrungsgemäß überfüllt ist, bittet der Leipziger Bürgerausschuß seine Mitglieder und die Bürger der Stadt, die seine Bestrebungen unterstützen wollen; Bürgerquartiere für die Teilnehmer an dieser Tagung zur Verfügung zu stellen. Da die Mitglieder am 3. und 4. Juli gemeinsam eingenommen werden sollen, handelt es sich nur um Unterbringung für 1 oder 2 Nächte. Der Leipziger Bürgerausschuß, Leisingstraße 14, Erdgeschoss, bittet schriftlich oder durch Fernsprecher (12 145, 17 424) um Mitteilung, welche Familien sich bereit erklären, Gäste, möglichst unentgeltlich, aufzunehmen.

Die Alandsinseln

H. G. Die Melodie des Säbelraffens gefällt nicht nur der feiglichen Entente und einer Minderheit unbeherrschter Deutschen, es tönt als schnalchwechendes Lied auch in anderen Ohren. Augenblicklich sind Schweden und Finnland dabei, sich von ihm betören zu lassen. Es handelt sich, kurz gesagt, um die Alandsinseln. Sie liegen zwischen Finnland und Schweden im nordöstlichen (Botnischen) Meerbusen der Ostsee und sind im ganzen von etwa 23 000 Menschen, in ihrer großen Mehrzahl offenbar Schweden, bewohnt. Die Hauptinsel Åland selbst zählt etwa 7000 Einwohner, rund 1500 von ihnen leben in der einzigen Stadt der Inseln, in Mariehamn, wo auch die Provinzialverwaltung und Verwaltung untergebracht sind. Die übrigen 16 000 leben auf den etwa 80 kleinen Inseln, die in ihrer Gesamtheit eine Art Landbrücke zwischen Finnland und Schweden darstellen.

Der Streit um die Inseln ist alt, die letzte wesentliche Veränderung in ihrem Schicksal hat sie im Jahre 1809 erlitten, als sie von dem napoleonischen Schweden an das damals noch neutrale Rußland abgetreten wurden. Sie spielten dann im Krimkrieg eine Rolle, als sie von den Verbündeten erobert und die kleine Festung Bomarsund geschleift wurde. Rußland verpflichtete sich im Pariser Frieden von 1856, die Insel nicht zu besetzen; erst während des Weltkrieges versuchte man, im Einvernehmen mit der Entente, diese Bestimmung außer Kraft zu setzen, doch kamen die daraufhin von Schweden eingeleiteten Verhandlungen zu keinem positiven Ergebnis. Stillschweigend mögen jedoch von Rußland Besetzungen, und vor allem Minenketten, angelegt worden sein. Nach Ausbruch der russischen und später der finnischen Revolution ergab sich mit einiger Selbstverständlichkeit, daß auch die Alandsinseln das verhasste russische Joch abwerfen; schon kurz vorher hatte eine von privater Seite eingeleitete Unterschriften-Volksabstimmung mit sehr großer Mehrheit dem Wunsch Ausdruck gegeben, die Inseln mit Schweden zu vereinigen.

Schon bald nach Aufrichtung der finnischen Selbständigkeit zeigte es sich, daß der Zusammenhalt zwischen Finnland und den Inseln nur einseitig von Finnland gewünscht wurde, doch blieben bisher alle Versuche der Inselbewohner, Finnland zu einer Änderung seiner Stellungnahme zu bewegen, umsonst. Finnland hatte auch anderes zu tun. Galt es doch, zuerst im Innern des Landes die Ordnung herzustellen und die eingedringenden Bolschewisten zu vertreiben. Und als dies mit Hilfe deutscher Truppen unter ungeheuren Mühen gelungen war, brühte man alle Hände voll zu tun, um wirtschaftlich nicht zu ertrinken, zumal da im nahen Ostland und in den anderen Ostseeprovinzen der Krieg und die ewigen Unruhen weiter andauerten. Während dieser Zeit der inneren Auseinandersetzungen spielte eine nicht geringe Rolle auch der Kampf zwischen Schweden und Finnern im eigenen Lande, sie stehen sich dort etwa im Verhältnis von 2 : 3 gegenüber. Es würde zu weit führen, die Einzelheiten dieses Kampfes zu beschreiben, nicht unwichtig für die weitere Beurteilung der Sachlage ist die Tatsache, daß dieser Gegensatz auch bei der Nichtwiederwahl des Präsidenten Mannerheim — er entfiel einstimmig ebenfalls einer schwedischen Familie — eine Rolle spielte.

Als Finnland die unentgeltlich vorgetragenen Wünsche der Aländer immer stärker werden sah, ging man im Helsingforsker Parlament daran, unter Mitberatung der schwedischen Parteien ein Selbstverwaltungs-gesetz für Åland zu entwerfen. Es scheint aber den Aländern nicht zu genügen, jedenfalls haben sie eine Anerkennung des Gesetzes im Laufe des Monats Mai rundweg abgelehnt. Diese scharfe Geste ist der Ursprung der jetzigen Verschärfung der Lage. Ihr folgte von finnischer Seite eine ebenso scharfe Antwort, und die Aländer schickten daraufhin eine aus 25 schwedischen Inselbewohnern zusammengesetzte Delegation nach Schweden, um Hilfe zu erbitten. Sie fand in Stockholm auch in Regierungskreisen sehr warme Aufnahme, ein Zeichen dafür, daß das königlich-sozialistische Kabinett Branting durchaus nicht abgeneigt ist, außenpolitisch Schwedens nationale Wünsche zu berücksichtigen. Mag sein, daß die Stellungnahme der schwedischen Regierung außerdem durch Berichte beeinflusst war, die zu erzählen wußten, daß der König von Schweden auf einer in die Ententeländer unternommenen Erholungsreise bei den Ententediplomaten ein williges Ohr für die Aländwünsche Schwedens gefunden habe. Kurz, der Empfang der Delegation war so warm, daß daraufhin eine stark abgekühlte finnische Note einlief, in der die schwedische Regierung aufgefordert wurde, die Interessenvertretung finnischer Staatsbürger Finnland zu überlassen. Schweden antwortete am 3. Juni, die Aländer hätten schon seit langem einstimmig dem Wunsche Ausdruck gegeben, ihr Schicksal selber zu bestimmen, sie sehe dieses Verlangen nach Selbstbestimmung als durchaus berechtigt an. Die finnische Regierung entsandte zur selben Zeit eine Regierungsvorstellung unter Führung des Ministerpräsidenten Erich und zweier Generale nach Åland, um mit den Inselbewohnern zu verhandeln; doch scheiterten die Verhandlungen, und die Führer der Selbständigkeitsbewegung wurden gefangen-gesetzt.

Was weiter werden soll, weiß man wohl weder in Schweden noch in Finnland genau. Die schwedische Regierung hat den Reichstag zu vertraulichen Besprechungen einberufen, in Finnland rüffel man zur bewaffneten Intervention auf den Alandsinseln, falls diese ihre Losreißungsabsichten in die Tat umsetzen sollten. Man beruft sich dabei, vielleicht mehr als gut ist, auf sein geschlossenes Schwert, d. h. die finnischen Blätter bringen ausführliche Vergleiche zwischen der guten artilleristischen Unterstützung der kriegserprobten finnischen Armee und den schwedischen „Sports“-Truppen. Undurchsichtig bleibt, wie weit bei der ganzen Aufstachelung der Gemüter etwa Einflüsse von außen miteingewirkt sind. Bekannt ist, daß in Finnland zurzeit die englischen Interessen sehr vorherrschen; der gesamte finnische Holzerport ist von England aufgekauft, auch der größere Teil der Einfuhr kommt aus England. Im Gegenzug hat der schwedische König seine Reise nach Frankreich gemacht, auch